

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Osthochsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Druckpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. 10 ohne Zustellungsgebühr / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21, / Geschäftsstelle und Expedition: 2. RM. 10 ohne Zustellungsgebühr / Postfachnummer 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprechnummer 2 / Fernsprechnummer: Ami Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Verbreitung: Wochenzeitung 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag) / Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Sonderbeilage oder deren Raum 0,20 RM., für die Restbeilage anschließend an den dreifach gestalteten Beilagenpreis 1,25 RM. Anzeigen-Entnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 29. Januar 1927

Nummer 24

Die Regierung der Reaktion gebildet

Die Bürgerblock-Reichsregierung ist gebildet. Im letzten Jahre der deutschen Revolution schließt sich die Reaktion zu einem Block zusammen und übernimmt die Staatsmacht. Die feige und arbeiterverräterische Politik der SPD bringt die Früchte ein, die sie geführt hat. Die größte und erbitterteste Reaktionspartei erhält die meisten Sitze im neuen Kabinett, sie hat ihre reaktionärsten Vertreter bestimmt. Der „Demokrat“ Gehe, der als Fachminister dableibt, ist aus der Demokratischen Partei ausgestiegen. Die Lage in der Reichswehr erlaubt keinen Wechsel in diesem Ministerium, die Reichswehrführer wollen keinen anderen Vertrauensmann.

Das neue Kabinett setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Reichsminister: Dr. Marx (Zentrum);
Innenminister u. Vizekanzler: Herzog (Deutschnat.);
Außenminister: Dr. Stresemann (Deutsche Volkspart.);
Wirtschaftsminister: Dr. Curtius (Deutsche Volkspart.);
Finanzminister: Dr. Köhler (Zentrum);
Rechtsminister: Dr. Gehe;
Arbeitsminister: Dr. Brauns (Zentrum);
Justizminister: Graef-Thüring (Deutschnat.);
Ernährungs- und Landwirtschaft: Schiele (Deutschnat.);
Postminister: Stöcker (Bav. Volkspart.).

Das Ministerium für die besetzten Gebiete wird vom Reichsminister Dr. Marx mitverwaltet.

Der größte Teil der Reaktion ist der Arbeiterschaft als der größten Scharfmacher bekannt. Die Arbeiterschaft hat von diesem Kabinett nur die weitere Verschlechterung ihrer Lage, weiteren Raub ihrer Rechte erwartet. Die Arbeiterschaft muß sich bereit machen, jeden Vorstoß abzuwehren, ja noch mehr, es gilt, dem reaktionären Kabinett die Forderungen der arbeitenden Massen entgegenzusetzen. Wir haben diese notwendigen Forderungen schon einige Male aufgestellt. Die wichtigsten dabei sind: die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne. Jetzt gilt es, die Forderung von den bankrotten Führern der Arbeiterorganisationen im beschleunigten Maße herbeizuführen. 8 Jahre haben die SPD-Führer die Arbeiter von Niederlage zu Niederlage geführt, bis jetzt die Reaktion wieder offen die Regierung übernimmt.

Jetzt heißt es: Schluß zu machen mit diesen Vandalen.

Die Arbeiterschaft weiß dieses Kabinett einzuschätzen, weiß auch einzuschätzen die Sozialdemokraten, die vor diesem Kabinett schon kapituliert haben. Die Massen der Werktätigen werden sich durch „ihrer Majestät getreue Opposition“ der SPD oder gar der Demokraten, die außerhalb des Kabinetts stehen, um die Mittelschichten weiter bei der Stange zu halten, nicht täuschen lassen.

Die Rote Fahne, das Zentralorgan der KPD, schreibt zur Regierungsbildung: „Die Ministerliste entspricht dem politischen Charakter des Kabinetts. In den wichtigsten Ressorts wurden die schärfsten Reaktionäre, die wilden Feinde der

Arbeiterschaft zu Ministern gewählt. In der Regierung der Republik von Anno 1927 erscheinen die monarchistischen Deutschnationalen als stärkste Fraktion mit 4 Ministerposten. Um den Scharfmacherkurs der schwarz-rot-goldenen Republik zu unterstreichen, wurde von den Deutschnationalen der Innenminister Herzog noch besonders zum Vizekanzler ernannt. Nichts aber kennzeichnet den brutalen Klassencharakter der Bürgerblockregierung mehr, als die Betrauung des Deutschnationalen Graef zum Justizminister. Graef gehört zu dem rechten Flügel der Deutschnationalen. Er gilt allgemein als besonderer Vertrauensmann der Völkischen, ein geschworener Feind nicht nur der Kommunisten, sondern der Arbeiterbewegung überhaupt. Jetzt wird auch jedem Arbeiter der § 8 der vom Zentrum ausgearbeiteten Richtlinien zur Regierungsbildung klar, in dem es heißt: „Vorarbeiten gegen alle Erscheinungen und Bestrebungen, die den Aufbau der Republik bezwecken.“ Das Ernährungsministerium wurde in die Hände des deutschnationalen Großgrundbesitzers und Landwirtsführers Schiele gelegt. Unvergessen ist noch in den breiten Massen das proklamatorische Wort des Führers der Deutschnationalen Westarp: „Verhungert bei vollen Schüsseln!“ Das Schiele es nicht nur verstehen wird, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben, die Brotpreise noch mehr zu erhöhen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Der Führer der schwarz-weiß-rot-reichswehrigen Gehe hat nun auch formell seinen Abschied von der Demokratischen Partei genommen, um damit zu bestätigen, daß an dieser Regierung auch dem Namen nach nichts mehr an Demokratie erinnern darf. Die Arbeiterschaft steht vor schweren Kämpfen. Nichts wäre falscher, als nicht zu erkennen, daß diese Regierung des Bürgerblocks härter ist, als je eine Regierung des Bürgerrechts zuvor. Der sozialdemokratische Parteivorstand, dessen achtjährige Koalitionspolitik diese Situation geschaffen hat, weiß der Arbeiterschaft nichts vorzuschlagen gegen diese Regierung der Gegenrevolution. Dagegen erklärt er im sozialdemokratischen Parteivorstand, für die Sozialdemokratie bestehe die Situation günstig. In solcher Situation muß die proletarische Einheitsfront zum Satz der konterrevolutionären Regierung über die Köpfe der Führer hinweg gebildet werden. Die Kommunisten lagern der deutschen Arbeiterschaft und insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern auch in dieser Stunde: Es gibt keinen anderen Weg, der vorwärts führt, als den Weg des Kampfes, des Zusammenstehens aller proletarischen Kräfte. Viele sozialdemokratische Arbeiter mögen nicht begriffen haben, warum die Kommunisten immer wieder nach der Einheit der Arbeiterschaft, dem Kampf gegen die Bourgeoisie gerufen und sie als erste Voraussetzung für den Erfolg gekennzeichnet haben. Jetzt werden sie es begreifen. Die Einheit der Reaktion ist hergestellt, die Einheit des Proletariats noch nicht.

Die Einheit des Proletariats herzustellen, das ist jetzt die entscheidende, die wichtigste Aufgabe.

Heraus zum Kampf für die Einheit der deutschen Arbeiterschaft! Hinweg mit der feigen und verräterischen Republik! Massenmobilisierung für den Sturz der Regierung des weißen Terrors!

Grüne Woche

Der Aufmarsch der Großagrarier
Bezug an den kleinen Bauern

Dresden, den 29. Januar 1928.

Heute beginnt in Berlin die „Grüne Woche“. Jedes Jahr findet dieser Aufmarsch der Bauernschaft in Berlin statt. Die Rundgebung tagt im Circus Busch wie in Dresden die Landwirtschaftswoche im „Sartajani“. Nur dieses Jahr wählte man in Dresden das Vereinshaus. Auf diesen Tagungen werden die Forderungen der Großgrundbesitzer präsentiert und den Kleinbauern mit reichlich patriotischer Aufmachung vorgesetzt, das seien die Forderungen der gesamten Bauernschaft. In Berlin findet die Aufzählung der Forderungen logisch mit der Verabschiedung des Regierungsprogramms statt. Die Großagrarier verstehen es, ihre Veranstaltungen aufzumachen. Die Forderungen sind: Zoll- und Getreidepreiserhöhungen, die Uebernahme des Ernährungsministeriums durch den Minister Schiele, der schon ihre Schatten voraus. Die Agrarier halten das Getreide juristisch, die Preise werden hinaufgetrieben. In Sachsen liegt die Grüne Woche jetzt hinter uns. Es ist interessant, festzustellen, wie es die deutschnationalen Arrangements verstanden, die Empörung der kleinen Bauern nochmals abzulenkten. Wenn auch diese geschickten Komödianten nicht daran denken werden, den Kleinbauern wirklich zu helfen, wenn sie ihre Versprechungen von Anfang an geben in der Hoffnung, daß diese nirgendwo angenommen werden, so schwebte doch über der sächsischen „Grünen Woche“ der Geist der Rebellion der kleinen Bauern und die Aufzählung und Kampfkraft der Kommunisten. Noch auf der vorhergehenden Tagung konnten die Deutschnationalen ungeachtet der Zerschlagung der Kleinbauern, den Betrug durchführen. Seit der letzten Tagung der Landwirte sind aber deren Räte gewachsen, die großkapitalistische Rationalisierung, die rücksichtslose Ausplünderung der arbeitenden Massen, die schamlosste Interessenvertretung der Großagrarier hat auch vor den kleinen Bauern nicht Halt gemacht. War es den Großagrarier bis jetzt aber immer gelungen, die aus der rücksichtslosen Ausplünderung der Kleinbauern entstehende Empörung mit leeren Redensarten und mit Hinweisen auf die Opferwilligkeit der Landwirtschaft, auf die republikanischen Regierungen abzumachen, ohne daß der kleine Bauer merkte, daß er betrogen wurde, gelang es noch, die Interessen der Kleinbauern und der Großgrundbesitzer ideologisch zu vermengen, so hat die Arbeit des „Bundes der schaffenden Landwirte“ der letzten Tagung in Sachsen immer mehr ausgedehnt hat, so hat in der Zukunft, im besonderen der „Landwirte Bauernbund“, dieses Vorgehen und den Schleier vor den Augen der Kleinbauern gründlich zerstört. Auch die kommunistische Landtagsfraktion hat in einer Menge von Vorträgen gezeigt, welchen Weg die Kleinbauernschaft gehen muß, sie hat die Forderungen für die Kleinbauern aufgestellt. Seit Jahren verlangte die KPD im Landtag glaslose Kredite für die Entschädigten, sie forderte Freilassung der kleinen Landwirte von der Grundsteuer, von der Vermögenssteuer, jedoch immer vergebens. Gegen die KPD standen immer sämtliche anderen Parteien des Landtages.

Dennoch aber blieb das Wirken der oben angeführten Organisations und der KPD-Fraktion nicht ohne Wirkung auf die Massen der Kleinbauern. Selbst in den Reihen des Landtages wuchs die Opposition. Die geringsten Vertreter der Großagrarier sahen sich gezwungen, Konzessionen zu machen, anzuerkennen, daß die Interessen der Kleinbauern andere sind, wie die der Großagrarier. Sie machten das mit der gewöhnlichen Geistesart, sie wollten gleich ein Geschäft für die Großagrarier dabei machen. Dennoch aber mußten sie Entwürfe bringen, die dem Empfinden der Kleinbauern entsprachen. Sie nahmen die kommunistischen Forderungen an und nahmen ihnen die Spitze, sie ließen zum Teil das, was wirklichen Wert für die Kleinbauern hat, heraus. Jedoch die Behandlung der Entwürfe auf der Landtagstagung zeigt erneut die tiefgehende Erregung unter der kleinen Bauernschaft, zeigt den gewaltigen ideologischen Umstellungsprozeß, der sich in der Bauernschaft vollzieht. Die Schranke zwischen Arbeitern und arbeitenden Bauern beginnt zu fallen. Die arbeitenden Bauern beginnen ihre Feinde zu erkennen. Zwischen Großagrarier und Kleinbauern beginnt sich, zwar noch gering, doch großer Teil der Kleinbauern selbst noch nicht zum vollen Bewußtsein kommend, eine Kluft zu öffnen. Der „Deutschnationale Landbund“, bisher unantastbarer Beherrscher der Kleinbauern, ist schon in der Defensive gedrängt. Seine unwahrscheinlichen Entwürfe sind davon der erste Beweis und der Verlust, die Abkehr der kleinen Bauern von der deutschnationalen Politik zurückzuführen. In dieser Beziehung war die „Grüne Woche“ für uns von ganz besonderer Bedeutung. Wir haben, trotzdem es den Arrangements natürlich gelang, ihr Programm reibungslos durchzuführen, die Erfolge unserer Arbeit. Uns wird das Ansporn zu weiterer Tätigkeit sein, unermüdet werden wir die Front der Arbeiter und arbeitenden Bauern zusammenschließen.

Auch diese Bauernwoche hatte wieder von schönen Redensarten, Erklärungen wurden angenommen, die zu nichts verpflichten. Um das hat umständliche Rinderrückgaben, das den großagrarischen Herd- und Zuchtbesitzern ein besseres Ansehen einräumt, ging man herum wie die Rache um den heißen Brei. Der eigentliche Geist der Rinderzuchtbesitzer, des Landbesitzers, der das Geiz im Konsumkultur so besonders stark befürwortet, hielt einen Vortrag über den Wert der Herd- und Zuchtbesitzer. Er rebete viel von gutem Willen, jedoch

Schwarzeste Schulreaktion

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist der Konfessionsvertrag zwischen der katholischen Kirche und der sächsischen Republik bereits fertig. Gleich nach der offiziellen Konstituierung des Bürgerblockkabinetts kann der Vertrag unterzeichnet werden. Nach dem Vertrag soll die Kirche das Recht haben, Einkünfte von Entlassungen von öffentlichen Beamten nur von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Professoren gewisser Fakultäten der Hochschulen sollen direkt von der Kirche ernannt werden.

Der Unterrichtsminister

Berlin. Die kommende Ernennung des Deutschnationalen Schiele zum Vizekanzler und Ernährungsminister hat auf der Getreidebörse zu einer scharfen Anziehung der Preise für Brotgetreide geführt. Wie die Welt am Abend mittelt, ist märkischer Roggen seit 26. Januar bis heute Abend von 240 auf 261 Mark getrieben worden. Die Hunter halten das Brotgetreide zurück, weil sie von Schiele und der von ihm abhängigen Reichsgesamtschulungsstelle amtliche Preissteigerungen erwarten, da ihnen neue Gelegenheiten für einen Raubzug unter den Bevölkerungsmassen geben wird. Gleichzeitig mit dem Roggen sind auch die anderen Getreidepreise fast um denselben Preis in die Höhe getrieben worden. Die Welt am Abend erinnert an die Vorgänge auf der Getreidebörse seit Anfang April dieses Jahres, wo mit Hilfe der Reichsgesamtschulungsstelle die Preise von 150 auf 24 Mark getrieben worden waren.

Der Vatikan an der Arbeit

Berlin. Wie die Völkische Zeitung berichtet, wird jetzt auch von der Granfurter Zeitung bestätigt, daß schon seit der Wahl Petersburgs die römische Kurie systematisch und auf verschiedenen Wegen auf das Zentrum eingewirkt hat, um es zu einer Verständigung mit der Reaktion und zum Abschluß eines Konfessionsvertrages mit der Kurie zu bewegen. Gleichzeitig teilt die Völkische Zeitung mit, daß die Demokraten endgültig Opposition

stellung bezogen hätten, nachdem in der Frage der Schulgehe der Reichsminister erklärt habe, daß nach Veröffentlichung der Richtlinien demokratische Vorschläge nicht mehr annehmbar seien. Marx habe sich nur darauf beschränkt, den demokratischen Unterhändlern die Unbedenklichkeit der vorliegenden Richtlinien nachzuweisen.

Patentkrenzbanditen wütern Morgenluft

Berlin. Gestern Abend überfielen gegen Mitternacht Patentkrenzler Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Warshauer Straße. Die gutbewaffneten Nationalisten griffen die unbewaffneten Arbeiter mit Messern, Revolvern und Pistolen an, so daß der 26-jährige Arbeiter Kurt G. aus der Fruchtstraße 50 einen Messerstich in die Herzgegend erhielt. Der 21-jährige Arbeiter Walter W. aus der Memeler Straße 61 fünf Kopfverletzungen und einen Messerstich im Rücken, der 23-jährige Laborant Ehrhard A. aus der Warshauer Straße 27 einen Streifschuss am Bauch und der 23-jährige alte Bäcker Willi A. Köhnberger Straße 35, mehrere Kopfverletzungen. Die Arbeiter wurden ins Krankenhaus gebracht, werden jedoch baldige wurden endlich von einem viel zu spät eintreffenden Polizeikommando verhaftet.

Die Erwerbslosigkeit steigt

Berlin, 28. Januar. (Telefon.)

Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 1. bis 15. Januar von 1 472 000 auf 1 551 000, die der weiblichen von 275 000 auf 283 000, die Gesamtzahl von 1 747 000 auf 1 834 000 gestiegen. Die Gesamtzunahme beträgt 87 000 Personen oder rund 5 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 1 067 000 auf 2 078 000 gestiegen. In der zweiten Dezemberhälfte hatte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 275 000 oder rund 19 Prozent zugenommen.

Muslandswochenchau

Deutschnationale Außenpolitik — Der militärische Putsch in Lettland — Englands Kriegserklärungen gegen China, Amerika und Japan gegen England.

Schweig er schamhaft, daß die Beschaffung der Zuschüsse für manche Genossenschaft ein schier unerwünschtes Vergnügen ist, daß die Bedienung durch die Herbedienten den kleinen Bauern viel Zeit und Arbeit kostet. Man plapperte ein bißchen gegen die Zwangsgehele. Kontre wurde man nur, wo es auch den Großgrundbesitzern an den Werten geht. So spricht man in der angenommenen Entschädigung nicht gegen das Kinderrechtsgesetz, wohl aber gegen die Bodenreform, das Bau- und Bodenpersongesetz. Dafür benehmt man die Kleinbauern mit Forderungen nach lückenlosem Zoll und Zoll für frische Milch, Forderungen, die, wie wir schon oft nachgewiesen, sich gegen die kleinen Bauern selbst richten. Man sprach auch von der härteren Staatenunterstützung für die Siedlung zweiter und dritter Bauernsöhne, verzichtete jedoch, daß auch die Deutschnationalen im Reichstagsausschuß zustimmen, Gelder für Siedlungen in der Lausitz zu bewilligen, jedoch dort nicht die Söhne der anständigen Bauern, sondern jüdische Bauernsöhne hiebeln zu lassen.

Mit viel Reden vom ehrbaren Bauernstand, von Vaterland und sonstigem nationalen Gerede wurde über die wirklichen Verhältnisse hinweggetrübelt. Damit wurden die Kleinbauern getäuscht. Doch der Strich, mit dem die Großgrundbesitzer die kleinen Bauern gefesselt hatten, widerstand, die kleinen Bauern lösten selbst die Schlingen. Sie sehen von Jahr zu Jahr mehr, daß ihnen die Redensarten nichts helfen. In der Wirklichkeit gestaltet sich die Politik anders als auf gut ausgelegenen Reden.

Erst in der letzten Reichstagsung hat unser Genosse Hörne nachgewiesen, daß die Regierungen nur die Großgrundbesitzer unterstützen, nicht aber den kleinen Bauern Kredite gegeben haben. So wurden 20 Millionen an das Reichsbankdarlehen gegeben, 200 Millionen an die Reichsbank zu 7 Prozent, die zu 12 Prozent an die kleinen Bauern durch die Rentenbankkreditanstalt weitergegeben wurden. 50 Millionen Mark erhielt die Deutsche Getreidehandelsbank, deren Hauptgeschäftspartner die Großgrundbesitzer und die Dillgemittelindustrie sind. 300 Millionen Mark wurden zur Getreideimportation zur Verfügung gestellt. Auch hier waren die Hauptgeschäftspartner die Großgrundbesitzer. Die kleinen Bauern haben von diesem Geldwesen nichts gespürt. Mit Geld und Kredit gelang es, für die kleinen Bauern 1 1/2 Millionen herauszuholen. Die paar Millionen, die in Sachsen als Darlehen bewilligt wurden, wurden auch zum Teil von den Großgrundbesitzern geschluckt, wo sie aber der Kleinbauer erhielt, liegen sie als drückende, seine Wirtschaft schädigende Lasten auf seinen Schultern.

Überall werden die Kleinbauern höher besteuert wie die Großgrundbesitzer. Die Kultursteuern nehmen den kleinen Bauern für Kredite Zinsen bis zu 18 Prozent ab. Die Finanzämter holen die letzte Krone, die Landwirtschaftskammer vertreibt kleine Bauern von Haus und Hof. Fordern die Kommunisten Steuererläß, dann wurde das abgelehnt. Verlangten wir Verbilligung der Strompreise, dann standen wir allein. Auf der Landwirtschaftswoche gab man den Kleinbauern schöne Worte, in der Praxis Stochschläge. Das werden auch nach dieser Tagung die kleinen Bauern verspüren, sie werden aufpassen und wir werden unsere Arbeit fortsetzen zum Kampf gegen alle Bedrücker der arbeitenden Massen, wir werden weiter für das Bündnis der Arbeiter und arbeitenden Bauern.

Dieses Bündnis wird die Ausbeuter besiegen.

Kleinbauern und Demokraten

Um die kleinen Bauern vor dem Jinswucher der Großbanken zu retten, brauchen die Kommunisten im Reichstag folgende Entschädigung ein:

Die Reichsregierung zu ersuchen, in kürzester Frist einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Hypothekenschuldner mit einem Vermögen bis zu 20.000 Mark vollwertig ermäßigt wird, die auf ihren Grundstücken lastenden hochverzinslichen Hypotheken mit dreimonatiger Kündigungsfrist abzulösen. Reich und Länder sollen die zur Abdeckung erforderlichen Mittel, soweit sie im freien Geldverkehr nicht unter 6 vom Hundert zu erlangen sind, zu höchstens 6 vom Hundert zur Verfügung stellen.

Wer nun glaubt, Herr Dietrich-Baden, oder ein anderer Demokrat würde dieser Entschädigung zustimmen, der irrt sich gewaltig. In halber Einnahme mit den Landbündlern und allen anderen hungerlichen Abgeordneten, haben auch die Demokraten diese Entschädigung ohne jede Debatte abgelehnt. Und mit welcher Begründung? Eine verlogenere könnte es gar nicht geben. Die Herren behaupten: „Ein solches Gesetz gehört in die Zuständigkeit der Länder!“ Umsonst erinnern die Kommunisten daran, daß im Bürgerlichen Gesetzbuch bis zum Jahre 1923 ein besonderer Bundesparagraf bestand, wonach jeder Schuldner das Recht hatte, mit sechsmonatlicher Frist jedes Darlehen zu kündigen, dessen Zinsen 6 Prozent überstiegen, auch wenn eine solche Kündigung im Vertrage selbst nicht vorgesehen war.

Mussolini ist entzückend

Von Andor Gabor.

Da alle Wege nach Rom führen und alle demokratischen Künste der Bourgeoisie beim Faschismus anlangen, ist Herr Churchill, der altfeste Politiker des englischen Imperialismus, in Rom und streut Rosen auf das faschistische Italien, das sich mit England verbündet hat, um im gegebenen Moment einzuwirken gegen Frankreich und später gegen Rußland loszuschlagen. Weder die historischen Rückfälle, die Churchill in Italien verpasste, sind wenig Worte zu verlieren. Ein solcher Bild entfällt, wenn man die Geschichte mit dem Rücken — oder nach tiefer — betrachtet. Das übrige aber, was er über Mussolini und den Faschismus äußerte, ist höchst bemerkenswert. Nachdem er erklärt hat, daß seine Unterredungen mit Mussolini die Defensivität nichts angehen, sagt er:

„Ich habe nicht umhin gekonnt, wie alle anderen Personen, von der liebenswürdigen und einfachen Art Mussolinis und von seiner gelassenen und ruhigen Haltung inmitten so zahlreicher Sorgen und Gefahren entzückt zu sein.“

Er war darauf vorbereitet, einen todbenenden Wahnsinnigen zu finden. Nur daß der tolle Staatsmann nicht, also ist Churchill entzückt und fällt in Verzückungen, die also lauten:

„Ich habe vom italienischen Volk über die Gewerkschaften gehört, durch das, wie man mir sagt, zwanzig Millionen arbeitende Bürger mit dem Staat verbunden werden.“

Obwohl man in Italien nur davon sprechen kann, daß zwanzig Millionen Bürger vom Staate gebunden, ja sogar gefesselt werden, hört Churchill von einem Verbundenheit mit dem Staate, denn die Gewerkschaften in England sind ihm zu rebellisch und er möchte sie genau so mit dem Staate verbinden, d. h. mit Ketten und Fesseln, wie es der entzückende Mussolini gemacht hat.

Diese Bewegung ist äußerst interessant,“ sagt weiter Churchill, „und ihre Ergebnisse werden in allen Ländern aufmerksam verfolgt werden.“

Er meint, die Arbeiterbewegung soll in allen Ländern verfolgt werden, drückt sich aber behutlich aus, da er den Faschismus auf demokratischem Wege nach England einzuführen hat. Daher erzählt er:

„Jedenfalls ist es gegenüber einem solchen mit Begünstigung ausgenommenen System vollkommen sinnlos, zu erklären, daß die italienische Regierung sich nicht auf demokratische Grundlage stütze, oder daß sie nicht von der tätigen Zustimmung der großen Massen getragen werde.“

Dies ist die demokratische, bisher auch für Mussolini unbekannte Seite des Faschismus. Made in England, exportiert nach Italien, um von dort nach England importiert zu werden. Die Form ist doch nebensächlich, es kommt nur auf das Wesen an!

A. R. Die Deutschnationalen haben sich förmlich zu Locarno und zum Völkerbund bekennen müssen, um zur Reichsregierung zugelassen zu werden. Das Opfer, das die Deutschnationalen Volkspartei damit bringt, ist gering. Im großen und ganzen wird sich auch unter der Bürgerblockregierung an Deutschlands Außenpolitik nichts ändern. Der Streikmann-Kurs bleibt der Außenpolitik nichts ändern. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen die Deutschnationalen gegen die Weizsäcker-Opposition machten und eine Anlehnung im Osten forderten. Soweit die Deutschnationalen einen eigenen Ton in die deutsche Außenpolitik hineinsprechen können, wird es höchstens eine noch härtere Orientierung nach England sein. Um wenigstens den Keit der patriotischen Phrasologie zu behalten, zeigt man Mißtrauen gegen den „französischen Erbsen“. Im letzten halben Jahr haben die deutschnationalen Reichstagsredner Herrn Stresemann immer empfohlen, er solle über Frankreich nicht die Bedeutung Englands und Amerikas vergessen. Graf Weizsäcker und seine Anhänger merken wohl gar nicht, wie lächerlich sie sich mit ihren neuentdeckten angeblichen Sympathien machen. Der rabuläre Flügel der Deutschnationalen redet auch nicht mehr von Orientierung, sondern spekuliert entweder von einer Anlehnung Deutschlands an die südeuropäischen Diktatorstaaten Italien, Spanien oder von einer Eroberung von „Siedlungsland“ im Baltikum. Es ist bekannt, daß in Berlin keine Zeitung neben dem Vorwärts so gemein gegen Sowjetrußland heult, wie die Deutsche Zeitung des Kapitäns Ehrhardt, das Organ der Vaterländischen Verbände. In außenpolitischer Hinsicht werden die Deutschnationalen, was Rußland-Feindschaft und England-Freundschaft betrifft, der beste SPD-Ersatz sein. Die deutschnationalen Industriellen sind zwar dafür, die deutschnationalen Geschäftsverbindungen im Rahmen der bekannten Kreditation des Deutschen Reiches weiter aufrecht zu erhalten, aber in den großen politischen Fragen haben die deutschnationalen Kapitalisten dieselbe Linie wie die Industriellen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, d. h. die Locarno-Linie.

Der Militärputsch in Wolmar zeigte, daß wir Kommunisten die Situation in den baltischen Staaten durchaus richtig beurteilt haben. Im Anschluß an den Falschenerfolg in Litauen verließen die englischen Agenten auch in Lettland und Estland diktatorische Regierungen zu schaffen, die sich selber für die britische Biene eignen. Der alkoholisierte Penitnant, der in Wolmar zu früh loslief, hat den Putschplan in Lettland außerordentlich geholt, aber die Drahtzieher mit den nötigen Fäden Sterling ausgerollt, werden den zweiten Akt besser vorbereiten. In Estland steht die Person des kommenden Diktators bereits fest. Es ist General Leidenor, der Arbeiterführer von Reval, im Nebenberuf Delegierter auf den Völkerbundversammlungen, ein fruppeliger Stöcker Englands und der richtige Mann, um zusammen mit Pilsudski den antifaschistischen Kreuzzug einzuleiten.

Mit der sogenannten „Zuständigkeit“ der Länder wird überhaupt der tolle Lauf im Reichstag getrieben. Vorher man Kreditverträge für die Winter, so sind die Länder zu unabhängig, fordert man Kredite für die Hochwasserperiode, so sind es wiederum die Länder. Verlangt man, das Zinsnachschuß oder Stundung gewährt wird, so wird man ebenfalls auf die Länder verwiesen. Aber in den Landtagen erklären die Landesregierungen: „Das Geld mußte vom Reichstag kommen.“

Die Herren werden solange mit dem wertlosen Pauer Schindler spielen, als er beisteht, mit dem Gute in der Hand an der Tür stehen bleibt. Die wertvollen Bauern müssen gemeinsam mit dem Arbeiter die Forderungen erheben: Wieder mit der Bürgerblockregierung! Auflösung des Reichstages! Her mit einer Regierung der Arbeiter und wertvollen Bauern!

Einigung im Tarifstreit der sächsischen Textilarbeiter

Chemnitz, 28. Januar. (Telefon.)

Die Einigungsverhandlungen über die Erhöhung der Gehälter für kaufmännische und technische Angestellte in der Textilindustrie von Mittelsachsen, Ostschlesien und Ostböhmen sind zu Ende geführt worden. Sämtliche in Frage kommenden acht Tarifverträge werden ab 1. Januar 1927 mit der Maßgabe verlängert, daß die bis zum 31. Dezember 1926 gültigen Gehaltsätze um sechs Prozent erhöht werden. Das Abkommen gilt für die Zeit vom 1. Januar 1927 bis zum 30. September 1927 und wird automatisch, wenn es bis zum 10. September nicht gekündigt wird, verlängert.

Die Unternehmer der Textilindustrie sind also auch bei diesem Tarifstreit auf ihre Kosten gekommen. Die Angestellten der Textilindustrie sollen sich auf Grund dieser Vereinbarung in ihrer Organisation mit den Unternehmern bis Ende September

Die englische Politik in China hat sich schon wieder geändert. Die Sprunghaftigkeit, mit der Chamberlain allwöchentlich eine neue Taktik in China ein schlägt, zeigt die Nervosität der britischen Bourgeoisie. Um die Jahreswende schien die englische Regierung geneigt, sich den vollendeten Tatsachen in China zu fügen. In diesem Sinne war die bekannte Note gehalten, die England den Chinesen in Peking zugehen ließ. Dazu paßte die vorläufige Behandlung des Zwischenfalls in Hankau. Aber der Druck der englischen Chinainteressenten hat nun doch militärische Maßnahmen erzwungen, die sich von Tag zu Tag steigern. Es fuhr das Kreuzgeschwader aus dem Mittelmeer nach Ostasien, es folgte die Marineinfanterie aus dem Mutterlande. Und endlich wurde der Offensivschritt bekanntgegeben, daß 10.000 Mann britischer Infanterie, darunter mehrere Gardebataillone, nach Shanghai abgehen würden. Derselbe Garde des Königs von England, die während des Generalsstreiks in London eingesetzt wurde, soll jetzt in Shanghai die chinesische Revolution überwinden. Die englische Regierung erklärt, daß sie nach wie vor eine friedliche Lösung des Konflikts mit der Kontonregierung anstrebe. Aber man wolle einen Überfall auf die Fremdenstadt in Shanghai mit allen Mitteln verhindern. Es ist klar, welche Gefahren mit einem solchen Programm verbunden sind. Schon heißt es, daß die englischen Expeditionstruppen sich nicht damit begnügen wollen, die Fremdenstadt Shanghai zu verteidigen, sondern es soll eine neutrale Zone auch um die Chinesenstadt Shanghai gelegt werden. Die Kontonarmee soll daran gehindert werden, an Shanghai heranzukommen. Das wäre die offene Intervention Englands zugunsten der Weizsäcker und Lohengrin. Aber die chinesische Nationalregierung läßt sich heute von 10.000 Engländern nicht mehr einschüchtern. Die Noten, die von der Kontonregierung nach England geschickt werden, sind in einer Sprache gehalten, die für die chinesisch-europäischen Beziehungen neu ist. Bei dem militärischen Abenteuer von Shanghai hat sich England mit großer Geschwindigkeit isoliert. Der amerikanische Sekretär Kellogg erklärt, daß er zu Sonderverhandlungen mit der Kontonregierung auf der Basis der völligen Gleichberechtigung Chinas bereit ist. Ebenfalls mißbilligt Japan so deutlich wie nur möglich das englische Vorgehen. Japan deutet an, daß es gegen einen guten Handelsvertrag bereit wäre, auf alle Vorrechte in China zu verzichten. Die Kriegergefahr in China hat die englische Arbeiterkraft außerordentlich erregt. Die Massenbewegung gegen das chinesische Abenteuer ist so stark geworden, daß auch der Vorstand des britischen Gewerkschaftsverbandes und die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei zu Protestaktionen genötigt wurden. Ebenso wichtig ist die begeisterte Solidarität mit China, die überall in Indien, selbst in dem langjährig gefestigten Parlament des Vizekönigs, zutage tritt. Das militärische Abenteuer, in das Chamberlain hineinstreift, kann nur mit einer englischen Niederlage enden. Je größer Englands Vorbereitungen sein werden, um so stärker wird der Rückschlag sich auswirken.

mit den bisher geltenden ungenügenden Löhnen zufrühen geben. Der Abschluß dieses Vertrages durch die Anstellungsorganisation ersichert selbstverständlich auch die Kämpfe der übrigen Angestellten anderer Industrien um höhere Gehälter ganz erheblich.

Kamenjew nach Rom abgereist

London, 28. Januar. (Telefon.) Kamenew, der neue Sowjetbotschafter in Italien, ist von Moskau nach Rom abgereist.

Ru sich-österreichische Wirtschaftsverhältnisse

Wien, 28. Januar. Wegen der Förderung des österreichischen Exports nach Rußland ist in den letzten Tagen innerhalb der Regierung eine Klärung eingeleitet. Die zuständigen Ministerien haben sich dahin geeinigt, daß den vom Hauptverband der österreichischen Industrie vertretenen Pläne zugestimmt wird, wonach sich die Regierung bereit erklärt, mit Darlehen Kredite zu gewähren.

Wunden der Grippe in Westdeutschland

Köln, 29. Januar. (Telefon.) Nach der neuesten Statistik des Statistischen Amtes sind in der Woche vom 16. bis 22. Jan. in Köln nicht weniger als 18 Personen an Grippe gestorben. 24 Personen starben außerdem an Lungenerkrankungen. Aus mehreren anderen Städten werden Komplikationen mit Lungen- und Kopfentzündungen gemeldet.

Abwurf eines englischen Militärfliegers

London, 29. Januar. (Telefon.) Bei Northburn stürzte ein englischer Militärflugzeug ab. Das Flugzeug wurde vollkommen zerschmettert. Der Pilot wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

„Es hat das notwendige Gegengift gegen die russische Infektion gegeben.“

Schlus, Ende. Des Babels Kern liegt ziemlich klar herausgeschält. Churchill hat seine Würdegrube aus keinem Herzen gemacht. Er will die Würdegrube in England einschleichen und international ausbauen.

Ob MacDonald ihm dabei helfen wird?

Die Note Gewerkschaftsinternationale Nr. 12.

Die sechste erschienene Nummer 12 (Dezember) der Notizen der Gewerkschaftsinternationale enthält folgende Artikel: A. Lohmeyer: Resultate und Perspektiven der Arbeit der IGO. (Juni 7. Kongress der Gewerkschaften der Sowjetunion). — J. Brandler: Wege der kapitalistischen Entwicklung in der Nachkriegszeit (England und Deutschland). — J. D. Lenin: Das Ende des Bergarbeiterstreiks. — B. Wafford: Der kontinental-europäische Elfen- und Stahlmarkt. — Joo Anselmi: Die faschistische Reaktion, die Lage der Arbeiterklasse und die Wirtschaftskrise in Italien. — A. Janien: Der Kongress des reformistischen Gewerkschaftsbundes Hollands und Stenhuys' Evolution. — Argus: Die Spaltung der dänischen Gewerkschaftsbewegung. — J. Pais: Die Lage der Arbeiter und die nächsten Aufgaben des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes (Tschekoslowakei). — S. Belistaja: Vom Reformismus zum Faschismus in Polen. — Baduilets: Einheitsfront der Bourgeoisie und der Reformisten in Rumänien. — William Foster: Der Kongress der AFL (Vereinigte Staaten). — Eibus: Die Frühgeschichte des japanischen Reformismus. — J. Zimring: Die arabische Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung. — U. a. eine Rezension des neuen Buches von Ford: „Das große Heute, das größte Morgen“, usw.

Die kommunistische Internationale

Wochenchrift des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Heft 4, Jahrg. 1927, Preis M. 0.30.

Inhalt: Der 21. Januar (1924-1927). — Ercoli: Faschistische Italien als Kriegsbeute. — Minor: Die kommunistische Partei der Vereinigten Staaten an der Gewerkschaftsfront. — Lenin: Zur Frage der Wandlung des englischen Kapitalismus. — Rog: Perspektiven der nationalen Bewegung in Indien. — Len-r: Ein neues Wandbild Otto Bauers. — Walecki: Theoretische der WPS und des Bund. — Sonstige: Die imperialistische Politik im Fernen Osten.

Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen Kopsol oder durch die Post. (Postabonnament Post M. 1.25 M. Verlag Carl Gottschalk, Hamburg-Berlin 17

★ Aus dem oberen Elbtal

Die unfoziale Stadt Königstein

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir beschäftigten uns am 15. Januar mit dem städtischen Krankenhaus, wofür man die 24-jährige L. Sch. für eine monatliche „Entlohnung“ von 3 M. beschäftigt und einer Behandlung unterzogen, die skandalös war. Seit dem Tage, an dem auch die Oberschwelmer die „Arbeiterstimme“ gelesen hatte, ist die Behandlung so geworden, daß darüber nicht mehr geklagt wurde; wir hörten von Krankenhausinsassen, die Schwestern gehen mit dem Mädchen ganz anders um als vorher. Auch eine höhere Entlohnung der Sch. hat man in Erwägung gezogen. Nun beschäftigen wir uns mit noch einem Fall, der unglaublich klingt, doch allzu wahr ist und wiederum beweist, wie unförmlich der Herr Engelmann ist, dafür aber um so spärlicher auf Kosten der Arbeiter! Der in den hiesigen Jahren lebende Arbeiter Karl Pohl verrichtet im städtischen Krankenhaus von früh bis abends spät alle vorstehenden Arbeiten und empfängt dafür pro Woche 5 M. und das Essen. Seit einiger Zeit bekommt er nur noch das Essen und seinen Lohn mehr. Und wie das geschieht? Man bestellte P. auf das Rathaus, formuliert den Antrag auf Rente mit dem Erfolg, daß er nunmehr ca. 20 M. Rente pro Monat bezieht und keine schwer verdienten 5 M. für die Stadt Königstein! Wir fordern von Ihnen, Herr Engelmann, um Abstellung dieser Skandale befragt zu sein, so besorgt, wie Sie um ihre Villa „Pappentier“ sind! Nehmen Sie doch von der Stadt eine Villa für einen Pappentier und den Vermitteln der Armen entziehen Sie noch das Letzte. Wir fordern vom Wohlfahrtsausschuß, dem Mädchen, die bisher pro Monat 3 M. bekommt, wenigstens 15 M. zu zahlen und dem alten Pohl möge man getrost die 5 M. weiterzahlen, er verdient es sich gewiß schwerer, als Sie, Herr Bürgermeister, von Königstein ihre Villa am Elbstad! Wir Kommunisten sind zur Zeit noch beim Sammeln von Unterschriften von den Leuten, die gleich wie derselben Waise sind, daß die Zeit da ist, wo Herr Engelmann der Einwohnerstadt die größte Freude bereiten würde. Wenn er die Fahrt „über das Wasser“ antritt, in das Heim und sich zur Ruhe setzt! — Wir wissen, daß es dem alten „Pohl Karl“, wie er hier allgemein betitelt wird, nicht recht sein wird, daß wir für ihn eintreten, lebt er doch in taubem Angest, er könne das Essen, was er im Krankenhaus erhält, einbüßen und mühte er ja mit den paar Mark Rente in seiner kalten Stube verhungern. Vielleicht liegt dies im Sinne dieser Behörde, die alten Leute verhungern zu lassen. Doch, wir gehen nunmehr vor, Herr Engelmann, wir bringen Material an, das himmelschreiend ist und doch so wahr! Wir haben ja keine Hoffnung mehr, daß in der Herz etwas Nächstenliebe einschleichen wird, Sie bleiben so! Aber der gesamten Einwohnerstadt werden die Augen geöffnet und sie wird ihren Ratskritik fordern! Allerdings liegt ein Teil Schuld an Ihren Ratsgebern, gewissen Rathausbeamten, denen man jedes soziale Verständnis absprechen muß nach den gemachten Erfahrungen, den Herren Raiser und Loos. Ersterer fühlte sich als Herrscher über alle, obwohl er dabei auch schon an die falsche Adresse gelangt ist und Herr Loos ist noch jung und vielleicht wird er sich noch ändern. Richtig wäre es ganz besonders im Verkehr mit den Leuten, die sich in bedrückender Lage befinden und bei ihm vorstellend werden. Der Oberbürgermeister Bertha legen wir es dringend ans Herz, bei Herrn Engelmann vorstellend zu werden und für Abhilfe bzw. Bezahlung des P. wie der L. Sch. zu sorgen. Es ist bedauerlich, daß in dem Krankenhaus solche Skandale möglich sind, wo es doch all gemein betriebs Rantenbehandlung und sanitären Einrichtungen als m u t e r g l i c h anerkannt wird. Einige bürgerliche Herren sind bereits im Krankenhaus gewesen, um den Fall Sch. nachzuprüfen und kehrten so wieder, wie die Schwestern vom Hornberger Schloß! Warten wir ab, ob sich Herr Engelmann ausmacht, kündigt ins Krankenhaus und Wendeung schafft; aber nicht die Leute ins Kreuzverhör nimmt, ob und wann sie „mit den Kommunisten“ gesprochen hätten, wie es bereits der Fall gewesen ist. Man möge sich keine Mühe geben, andernfalls leuchten wir wieder hinein! — Diejenigen Leute, die nach dem Willen ihrer Wähler hier längt hätten müssen für Abhilfe sorgen, hören und leben nichts davon, nämlich die SPD-Fraktion. Sie machen jede Ausbeutung der Arbeiter mit, allen voran ist hier der „Priem-Schulze“, in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Elbtalrat und Geschäftsführer von Arbeitervereinen. Die „Arbeiterstimme“ bezeichnete Herr Schulze als „Schmutz“, den er nicht liest und drohte damit, die Gesandten zu konstatieren, wo die „Arbeiterstimme“ ausliegt! Tun Sie es ruhig, Herr Schulze, an ihrem „Priem“ ist ja doch nichts zu verdienen, da folgt der Bote mehr! Die Arbeiterstadt wird sich nicht irren machen lassen von Ihnen. Sie wird immer mehr und mehr erkennen, daß nur von der kommunistischen Partei Hilfe und Befreiung und von der „Arbeiterstimme“ Aufklärung zu erwarten ist.

Bürgerlich-„parteiloser“ Dreck in Schloßwitz

Schon die Wahl am 14. Nov. zeigte, als damals Bürgerlich und „Unparteilich“ sich verbündeten, den wahren Charakter dieser sogenannten „Parteilosen“. Eine Anzahl Wähler glaubte trotzdem noch an die Unparteilichkeit dieser Leute, sie wurden aber gleich in der ersten Sitzung des Gemeindevorstandes am 17. d. M. eines beherrschenden Vorgesetzten. Bei der Wahl des Präsidiums stimmten die „Unparteilichen“ für die Bürgerlichen und die Bürgerlichen für die „Unparteilichen“, also eine feste Koalition. Der Vorschlag der Bürgerlichen (Balle) zum 1. Vorsteher erhielt prompt 5 Stimmen, während für den Vorschlag der Linken (Gen. Orgus) 4 Stimmen abgegeben wurden. Bei der Wahl des Stellvertreters schlugen die „Parteilosen“ ihren warmherzigen Lehmann vor, während von Seiten unserer Fraktion wiederum Gen. Orgus vorgeschlagen wurde. Das Abstimmungsergebnis war natürlich daselbe wie vorher. Die Wahl der Schriftführer ergab ein eigenartiges Bild. Obwohl der Vertreter der SPD Marzobek verpflichtet gewesen wäre, unseren Vorschlag zu unterstützen, machte er seinen eigenen Vorschlag auf und hätte damit beinahe dem Vorschlag der Bürgerlichen zum Siege verholfen.

In der darauffolgenden Aussprache machte es sich der Gen. Orgus zur Aufgabe, diesen Leuten einmal gründlich die Nase zu lassen und den Betrag an ihren eigenen Wählern festzustellen. Der neugeborene Vorsteher versuchte natürlich den „Parteilosen“ Hilfsleistung zu leisten, indem er wiederholt mit Wortentziehung drohte. Diese selbst haben da wie die armen Sünder und wählten kein Wort zu erwidern.

Nachdem erfolgte die Wahl zu den Ausschüssen. Sie sehen sich nach dem Stimmverhältnis der einzelnen Fraktionen zusammen. Bürgerliche und „Parteilose“ hatten sich bei der Wahl von 2 Vertretern aus der Einwohnerstadt in den Wohlfahrtsausschuß sogar gesplittet und es fragten diesmal die Vorschläge der Linken. Als jedoch die Wahl des Gemeindevorstandes vorgenommen wurde, fand sich die Gesellschaft wieder zusammen und so wurde der „Parteilose“ Polizeiwachmeister a. D. und Materialwarenhändler Rante mit 5 gegen 4 Stimmen gewählt. Wir glauben allerdings kaum, daß sich der Umhang bei Herrn Rante dadurch heben wird, die flüchtigen Arbeiterstadt deckt ihren Bedarf nur bei solchen Geschäftsleuten, die nicht zu ihren Feinden gehören.

Einem Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, betr. die Anschaffung einer Langbahn für die Ortsgruppe des Arbeitervereins, begründet vom Gen. Seifert, wurde nach kurzer Aussprache zugestimmt. Nach Erledigung der Tagesordnung richtete Gen. Dunsch noch einige Anfragen an den Gemeindevorstand und verlangte Auskunft, warum die Auszahlung der Beihilfe für Sozial- und Kleinrentner sowie der Arbeitslosen für Erwerbslose noch nicht erfolgt sei. Auch die Mißstände in der Bananlagelegende beleuchtete er. Der Bürgermeister entschuldigte sich mit der schlechten Finanzlage, versprach aber baldmöglichst Abhilfe schaffen zu wollen.

Verklagte von Schloßwitz! Beachtet die kommenden Sektionen noch rege als die erste. Baldet nicht, daß man von Seiten des Bürgerbundes eure Interessen mit Füßen tritt. Schließt euch der KPD an, Werdet Väter der Arbeiterstimme.

„Du sollst deinen Nächsten lieben...“

(Arbeiterkorrespondenz)

Strappen. Auf Grund des Artikels vom 25. Jan. 1927 fühlt sich unser Herr Bürgermeister beleidigt und zwar nicht da; ... und dem Herrn Bürgermeister war es mehr um die Unterzeichnung zur Rückzahlungsverpflichtung zu tun, als um die Rettung aus diesem Elend. Unterem Korrespondenten ist ein Irrtum unterlaufen, und wir geben hiermit die Berichtigung, die der Herr Bürgermeister von einem unserer Genossen verlangte. Aber nicht berichtet werden wir die vorhergehenden Sätze. Denn als ich einer unserer Genossen der Rat des polnischen Arbeiters annahm und mit ihm nach dem Gemeindevorstand ging, um denselben beihilflich zu sein bei der Erlangung der Armenunterstützung, war es eben dieser Bürgermeister, der im Laufe der Unterhandlungen unsern Genossen erklärte, er brauche seinen Vorwand. Und warum mußte der Genosse verschwinden, als die Personalien des Arbeiters aufgenommen werden sollten? Wir nahmen an, daß dieser schreib- und leseunfähige polnische Arbeiter nicht so leicht weiß mit den Paragraphen, die der Herr Bürgermeister so gern ansieht, und daß infolgedessen es besser wäre, wenn unser Genosse hätte anwesend sein können. Nachdem dieser tragische Artikel erschienen war, legte der Herr Bürgermeister die Akten vor, woraus zu ersehen war, daß dem polnischen Arbeiter die Armenunterstützung gewährt werden soll, und daß der Bürgermeister auch noch ein Herz hat.

Die erste Gemeindeverordnetenversammlung in Leppersdorf

Am Mittwoch, den 19. Januar, fand die erste Sitzung der neugewählten Gemeindeverordneten statt. Die Städte der Fraktionen ist folgende: SPD, KPD, Grund- und Hausbesitzer, 3 Bürgerliche. Die KPD ist zum erstenmal im Kollegium vertreten. Der Bürgermeister eröffnete die Sitzung mit der üblichen Ansprache und erklärte die Wahl für gültig. Als erster Vorgesetzter wurde Zeiler (SPD), als zweiter Genosse Wagner (KPD) gewählt. Zum Gemeindevorstand wurde Zeiler wiedergewählt. Unsere Fraktion beantragte, noch einen zweiten Gemeindevorstand zu wählen. Dies wurde jedoch mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Zum Schriftführer wurde Lehrer Behner, zum Stellvertreter Grogmann (SPD) gewählt. Die Bezahlung der Ausschüsse verbleibt reibungslos. Unsere Fraktion ist in jedem Ausschusse vertreten. Der Bürgermeister verweist noch auf die schlechte Finanzlage der Gemeinde und es müsse ein Darlehen in noch festzusetzender Höhe aufgenommen werden. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Kadeberg. Plan für die Beratungsjahre des Wohlfahrtsamtes Kadeberg im Monat Februar 1927. Mitterberatung: (Kinder — auch alle unehelichen und in Pflege befindlichen —

Aus dem Blauenischen Grunde

Aus dem Freitaler Stadtparlament

Das erste Debut eines Komödianten.

Es ist noch nicht allzu lange her, als die SPD den Kommunisten zum Vorwurf machte, daß sie den „geheiligten Boden des Parlamentes“ mit einem Komödiantentheater vergliche. Die SPD konnte sich damals nicht genug zum Hüter parlamentarischer Ordnung und Sitten aufwerfen. Seitdem aber auch die SPD in den verschiedenen Parlamenten zu R i n d e r t r o m p e t e n, Kulturdickeln und sonstigen Hilfsmitteln greift, ist dieser Vorwurf gegen die KPD verfallen. In Freital aber glaubt jetzt der sozialdemokratische Fraktionsführer, der Parteileiter Rahmig — immer einige Rajenlängen in der Weltgeschichte hinterher —, nunmehr zu zeigen, daß auch er es versteht, das in die Praxis umzusetzen, was man anderen zum Vorwurf machte. Es mag sein, daß, wenn jemand von Natur aus zum Kasperletheater veranlagt ist und sich darin in jahrelanger Veranlassungstätigkeit eine gewisse Übung erworben hat, dann auch in einem solchen „hohen Hause“ in die Versuchung kommt, seine Kunststücke zu zeigen. Die letzte Sitzung der Stadtverordneten schien ihm dazu Gelegenheit zu bieten. Antal ist dabei nur, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht, wie in Versammlungen, ausweichen kann, wenn der Gegner auftritt, sondern geduldig sitzen bleiben muß, um dann Schlag auf Schlag einzufallen.

Am Donnerstag beschäftigte sich eine gemeinsame Sitzung der Stadtverordneten und des Rates mit dem Vorschlag des Einigungsauusschusses zur Grund- und Gewerbesteuer. Nach der Ablehnung der Steuer in der vorhergehenden Sitzung war ein Einigungsauusschuß gewählt worden, den sich die SPD wünschgemäß mit ihren Ratsherren zusammengesetzt hatte und der den Antrag auf Erhebung des 150prozentigen Zuschlags zur Grund- und Gewerbesteuer beschloß. Das Ergebnis stand nun am Donnerstag zur Beratung. Sollte sich die SPD diese günstige Gelegenheit vorbeigehen lassen, um wieder einmal gründlich gegen die KPD loszugehen? Was hätte man seinen „großen“ Rahmig. Also ging's los. Herr Rahmig hatte das Wort. Mit pathetischen Worten verkündete er einen grauen Silberstreifen nach dem Vorbild des großen Silberbergs auf der Dresdner Industriellenkonferenz. Die Politik des Herrn Silberbergs scheint es Herrn Rahmig angehen zu haben. Dann aber folgte der Angriff auf die KPD. „Die Kommunisten denken nicht an das Wohl und Wehe der Arbeiter. Nichts als Agitationspolitik. SPD und Reaktion arbeiten Hand in Hand. Die Vereinigung beider kommt bald. Die KPD ist die Partei der Grundlosigkeit. Keine Wöhr wird einen halben Pfennig billiger, auch die Mieten werden nicht niedriger, wenn man die Grund- und Gewerbesteuer ablehnt. Die Kommunisten machen Gelächte an die Reaktion.“

Jetzt war es heraus. Hochbetrieht fiel Herr Rahmig in seinen Sessel. Seine Wöhr war abgelaufen. Eine neue Wöhr sollte ihm. Die große Kanone hatte ihr Pulver verschossen. Er glaubte schon, die Kommunisten vernichtet zu haben, und von selbstgefalligem Racheplan erkrachten die Geführe seiner Getreuen. Da kam die große Enttäuschung. Graulam zerstörten die Kommunisten die Kata Morgana vom grauen Silberstreifen und der Genosse Schneider zeigte Herrn Rahmig, daß alle Theorien sehr grau und der Silberstreifen ein Rebellenswaben gewesen war. Er dachte, die Fälligkeiten auf, die sich Herr Rahmig während seiner Rede leistete, indem er behauptete, daß die Kommunisten anderwärts andere Politik machen. Es genierte Herrn Rahmig beispielsweise nicht, wahrheitswidrig zu behaupten, in Gittersee hätten die Kommunisten der Grund- und Gewerbesteuer bei der 3. Lesung zugestimmt. Herr Rahmig verzweifelte auch, daß seine Parteigenossen in anderen Gemeinden gemeinsam mit den Kommunisten gegen die ordnäre, indirekte Steuer gestimmt haben. Das postete natürlich nicht in seine Rechnung. Dann aber rechnete Genosse Schneider mit der Politik der Freitaler Sozialdemokraten ab. Das Wahl-

bis zu 2 Jahren) Dienstags, den 1. 8. 15. und 22. Februar nachmittags 1.30—2.30 Uhr. Krüppelberatung: (Kinder — auch uneheliche und in Pflege befindliche — über 2 Jahre) Freitag, den 4. Februar, nachmittags 1.30—2.30 Uhr. Die Buchstaben A bis J. Schwangerenberatung: Am 1. und 15. Februar, nachmittags 4—5 Uhr. Beratung für Rente, Kranke und deren Angehörige: Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 5.30—7 Uhr. Mitterabend: Mittwoch, den 16. Februar, abends 7.30 Uhr.

Die bevorstehenden Beratungsjahre und der Mitterabend finden in der Wohlfahrtsbaracke im Hofe des Stadthauses Grüne Tanne statt.

Tuberkulosenberatung: Tag und Stunde der in regelmäßigen Abständen stattfindenden Tuberkulosenberatung werden den Beteiligten unmittelbar durch die Bezirkspflegerin mitgeteilt. Zuweisungen erfolgen nur durch das Wohlfahrtsamt, entweder auf dessen Veranlassung oder auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Sprechstunden der Bezirkspflegerinnen: Jeden Donnerstag nachmittags 4 bis 6 Uhr Bezirkspflegerin Hildegard Kocher und jeden Montag nachmittags 4 bis 6 Uhr Bezirkspflegerin Annemarie Spinner. Reihe Sprechstunden finden in der Wohlfahrtsbaracke statt.

Kadeberg. (Betrifft beim Radfahrverkehr!) Der Rat schreibt uns: „In letzter Zeit sind von Fußgängern über das unvorschriftsmäßige Fahren mit Fahrrädern sowie über das rücksichtslose Befahren der nicht erhöhten Fußwege mit Fahrrädern Beschwerden geführt worden. Der Umfang des heutigen Verkehrs erfordert mehr als früher, daß Fahrer und Fußgänger auf einander die nötige Rücksicht nehmen und den gegenseitigen Vorschriften nachkommen; insbesondere der Radfahrer ausschließlich die rechte Seite der Fahrbahn benutz. Noch immer kann man täglich beobachten, daß sogar in der inneren Stadt auf den verkehrsreichsten Straßen mehrere Radfahrer bis 5 nebeneinander, die ganze Breite der Fahrbahn einnehmen. Für den Radfahrverkehr außerhalb geschlossener Ortsteile ist durch die Verordnung über Radfahrverkehr bestimmt, daß das Fahren mit zwei Rädern auch auf den neben den Fußwegen führenden, nicht erhöhten Fußwegen insofern stattfinden darf, als sie in der Fahrtrichtung an der rechten Straßenseite liegen. Weiter ist bestimmt, daß bei Benutzung der Fahrbahn und Fußwege der Verkehr der Fußgänger nicht gestört werden darf. Das Fahren hat der Radfahrer bei Annäherung an Fußgänger rechtzeitig zu verlassen, sofern dies aber nicht möglich ist, hat er abzufallen. Auch die vorgeschriebene Beleuchtung der Fahrräder in der dunklen Morgen- und Abendzeit läßt noch sehr zu wünschen übrig. Leider sind bisher Ermahnungen und Belehrungen vielfach erfolglos geblieben. Es wäre zu bedauern, wenn sich bei weiterer Nichtbeachtung der Verkehrsvorschriften ein Einschreiten der Polizeibeamten gegen derartige Übertretungen notwendig machte.“

Schikanierung von Arbeiterpartnern?

Die Freie Turnerische Lausitz findet aus folgende Zuschrift: Die hiesigen Arbeiterportvereine haben sich gezwungen, als Gäste des „Ergericht Lausitz“ zu meiden, da sie sich als Arbeiterpartnern dauernden Surberhand verhalten, trotzdem die Arbeiterturner wurde ihnen turnerhand verboten, trotzdem die Saalmitie bedeutend erhöht worden war. Außerdem sollen dort Ausdrücke gefallen sein, wie: „Keine roten dürfen mehr den Saal betreten.“ Die Klassenbewußten Arbeiter werden daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Wir erwarten, daß die Leitung des Ergerichtes sich zu diesen Angaben äußert, damit Klarheit über ihre Stellung zur Arbeiterstadt geschaffen wird.

ergabnis habe gezeigt, daß die Freitaler Arbeiter die Politik der Kommunisten billigen, und daß die sogenannte Vernunftpolitik der SPD nicht nur in den Gemeinden, sondern auch im Land und im Reich die Arbeiter immer tiefer ins Elend hineingeührt hat. Wenn überhaupt von Grundlosigkeit einer Partei gesprochen werden könne, so sei es die Sozialdemokratische Partei und insbesondere die Genossen in Freital, die alle ihre Grundlosigkeit verloren haben und deren Grundbuch die Grundlosigkeit sei. Die SPD hat seit Jahren Hand in Hand mit dem Bürgerium und mit der schwarzen Reaktion gemeinsam an der Regierung gefesselt. Sie ist es gewesen, die die Arbeiter niedergebunden hat und deren Prominente heute in Ministersefeln sitzen und, von der Bourgeoisie hegt und gepflegt, sich in den fetten Prindeln des Staatsapparates wohlfühlen, deren Politik danktrotz gemacht hat und deren Zeitungen heute selbst den Bankrott auf der gesamten Linie offen feststellen. Genosse Schneider kennzeichnete die Stellung der Sozialdemokraten als bewußte Heuchelei, als ein Fäulungsmanöver gegenüber den Arbeitern, wenn man angesichts des drohenden Bürgerbundes, des verfallenen reaktionären Kurses in Sachen der Arbeiterstadt weismachen sucht, daß mit der Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer keine Belastung für die Arbeiterstadt eintritt. Haben doch selbst die Bürgerlichen in Freital offen erklärt, daß sie diese Belastung auf jeden Fall auf die Schultern der Arbeiter abwälzen. Die Verhandlungen um die jährliche Regierung haben gezeigt, daß die Reaktion dabei ist, den Mieterbund in jeglicher Form auszuheben. Die Grund- und Gewerbesteuer wird dann erneute Begründung liefern. Die Steuerpolitik der Sozialdemokraten wirkt sich somit als eine Belastung der breiten Schichten der Werttätigen aus.

Die Abfuhr, die Herr Rahmig ergießt, hatte er nicht erwartet. Betappt sah der Held des Tages und sah seine fohren Felle fortfliegen. Am nur wenigstens etwas zu retten, wandte er sich an die Bürgerlichen und bat in bewachten Worten, sie möchten doch der Vorlage ihre Zustimmung geben, da ja die Rechtsparteien auch im Landtag das Gleich mit geschaffen haben. Doch die Herren Halm, H a m a n n und S t r i c k e r ließen sich nicht erweichen. Herr Rahmig bettete versuchs. Bei der getrennten Abstimmung fiel die Vorlage. In der folgenden ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurden eine Anzahl gefällige Dinge erledigt, so u. a. Nachträge zur Ortsbauordnung, Landankauf für das Wanderheim in H e r m a n n s d o r f, Nachbewilligung von haus-altarmahnen Wirteln, Erlaß einer Polizeiverordnung über vollstretes Gefährlichkeit. Die Sprung des Weisheitschmuckes für den Fahrverkehr wurde beschlossen. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei der Zusammenkunft des Wohnungsergebungsauusschusses. Die SPD bemühte sich auch hier, den Wünschen der Hausbesitzer und des reaktionären Rates nachzukommen. Sie lehnte mit den Bürgerlichen einen kommunalistischen Antrag ab, der den Wohnungsergebungsauusschuß in seiner bisherigen Zusammenfassung belassen wollte. Die Mieterorganisation, die in diesem Ausschusse bisher mit 5 Mann vertreten war, erhielt durch die Schuld der Sozialdemokraten nur noch einen einzigen Vertreter. Die Einheitsfront der SPD mit den Bürgerlichen stimmte auch hier die Kommunisten und die Mieter nieder.

Das Aktienkapital der Freitaler Kreditbank wurde auf 500.000 M. erhöht, und gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, 100.000 M. den Freitaler Industriellen in die Hände zu spielen.

Verantwortlich für den Freitaler Kreditbank: Bruno Goldhammer, Dresden, für den gesamten übrigen Inhalt: Willy Schneider, Freital — Druck: „Venus“ Druckerei, Freital.

Am Donnerstag abend fand im Reiterheim die Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle Dresden des DAV statt. Auf der Tagesordnung standen: Jahresbericht, Wahlen der Verwaltung und Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Der Jahresbericht erstattete der 1. Vorsitzende Hölle. Er schilderte die Not der Arbeiter in der Nachkriegszeit und ging insbesondere auf die sich immer mehr steigende Erwerbslosigkeit ein. Er führte aus, daß es den Gewerkschaften zwar gelungen ist, die Unterlöhnungssätze zu erhöhen aber ansehnlich steigenden Mieten und der fortwährenden Steigerung der Lebenshaltungskosten sowie der langen Dauer der Kriege seien die Löhne völlig ungenügend. Die Schuld an diesen Umständen verleihe Hölle den Arbeitern zuzuschreiben, die bei den Reichstagswahlen zum größten Teil bürgerlich gewählt hätten. Für ihn ist die parlamentarische Mehrheit im Reichstag noch immer das Alibiinstrument um den Kollektivismus zu heilen. Einen anderen Ausweg als die Hoffnung auf das bürgerliche Parlament kennt Hölle nicht und will ihn nicht kennen. Auf seinen Vorlegungen wurden durch die Verwaltungsstelle Dresden allein im letzten Jahre aus der Hauptkasse 700.000 M., aus der Nebenkasse 85.000 M. aus der Vorkasse, sowie für Sonderunterstützungen an die Erwerbslosen und ausgeschiedenen Mitglieder, deren Zahl jetzt 3500 beträgt ausgezahlt. Hölle selbst mußte erkennen, daß damit den Erwerbslosen nicht geholfen werden kann und ihre Lage nur zu verbessern ist, wenn es gelingt, sie in den Produktionsprozeß einzurichten. Er fordert

Fort mit den Sozialmachern!

„Der Zentralvorstand wird aufgefordert, die Kollegen Winkler und Heibel unverzüglich von ihren Posten zu entfernen, da sie als Mitglieder der NSDAP mit dem Bürger-tum durch die und dann gehen und nicht mehr als Arbeiter-vertreter angesehen werden können.“

In der Reichstagsitzung am 24. Januar unternahm die Regierung unter der Ägide einiger Angehöriger reaktionärer Parteien von neuem den Versuch, ihre Vorlage durchzubringen. Auf Befragen mußte sie aber zugeben, daß von den 62 800 Gemeinden in Deutschland nach ihrem Geleichenwurf nur 3400 Gemeinden (das sind die, die über 2000 Einwohner zählen) erfüllt werden. Köstlich an den Haaren wurden Gebäude herbeigezogen, um den kommunistischen Antrag, der darauf hinauslief, in allen Gemeinden die Wohnungen zu zählen, niederzustimmen. Immer wieder betonten Regierung und Junker, daß man auf dem Lande ja gar nicht Wohn- und Wirtschaftsräume unterscheiden könne. Häufig seien das ein und dieselben Räume, außerdem seien die Bürgermeister nicht bewandert genug, solche komplizierten Erhebungen zu machen, um. Mit dem Antrag der SPD, alle die Gemeinden zu zählen, die über 1000 Einwohner hätten, sei die Regierung einverstanden. Wenn dieser Antrag angenommen wäre, dann wären immer noch 55 000 Gemeinden unberücksichtigt geblieben. Selbstverständlich war die Regierung und ihre Helfershelfer interessiert, daß die landlosen Wohnungsverhältnisse auf dem Lande nicht der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Daß die Sozialdemokraten so schäbige Helfersdienste leisteten, ist nicht weiter verwunderlich. Als aber selbst Abgeordnete des Zentrums sich bereit erklärten, mit für den kommunistischen Antrag zu stimmen, ließen die Sozialdemokraten ihren, der Regierung entgegenkommenden Antrag fallen und stimmten für den kommunistischen Antrag. Alle anderen Anträge der KPD wie Zahlung der Räume in denen auch Gewerbe ausgeübt werden, Hinzurechnung der Mieterorganisationen, Übernahme der Kosten durch das Reich wurden abgelehnt. Am Schluß der Sitzung machten die Deutschnationalen einen neuen Versuch in der Form, daß sie eine zweite Lösung verlangten. In dieser zweiten Lösung werden die versuchen, den heutigen Beschluß, alle Gemeinden zu zählen, wieder umzuwerfen.

Vor ein paar Tagen veröffentlichten wir einen Artikel über eine Vorlage der Helslo-Regierung zu einem im Landtag angenommenen Antrag, einen Beitrag von 10 Millionen Mark für die Sozialrenten, Arbeitsbeschäftigten und Erwerbslosen berechnen.

Plund Grenadierstraße
60 Pl. und Filialen

Non Marim Sorti

(5. Fortsetzung.)

Er hielt vor dem offenen Tore eines großen Hauses, sprang vom Wagen und ging auf den Hof. Das Haus war alt und hinfällig, und unter den kleinen, trüben Fenstern sprangen die durch den Sturz des Daches herausgepreßten Balken vor. Auf dem großen, schmutzigen Hofe standen vier Einspännerkutschen, und vier Bauern umstanden einen Schimmel, befallschten das Vieh mit der flachen Hand und schrien laut. Einer von ihnen, ein runder, glatzköpfiger Mensch mit großem, fahlgelbem Bart und togenem Gesicht, breitete, als er Omtel Peter erblickte, die Arme aus und rief:

Die Jagen in einem engen dunklen Zimmer und tranten Tee. Antel Peter erzählte vom Dorfe, und der Glasköpfchen wählte sich vor Lachen und lachte dabei so laut, daß das Geschrei durch das Thüre klirrte. Es war schwül in dem Zimmer und roch stark nach silbergebodenem Brod. Jewsej wollte schlafen und schaute immer in die Ecke, wo hinter einem schmutzigen Vorhang ein breites Bett mit vielen Kissen sichtbar war. Zahlreiche schwarze Fliegen flogen umher, sie schwirrten gegen die Stirn des Anabel. Troden ihm über das Gesicht und stichelten ihm unangenehm die schweißte Haut; doch Jewsej trug Bedenken, sie fortzutreiben.

Wir werden dich schon unterbringen," sagte ihm der Gläubige zu und nickte vergnügt mit dem Kopfe. „Wird im Rußland eine Katakomba für dich nach Matwejewsk geschnitten?“

Eine üppige Frau mit schwarzen Brauen kleinem Mund und vollem Busen antwortete ruhig, mit wohlklingendem Stimme:

„Zum wievielten Male fragst du? . . .“
 Sie hielt den Kopf stolz und gerade, und wenn sie die Arme
 bewegte, ging ein leises Knistern von dem rosenfarbten ihrer
 neuen Jacke aus. Sie war wie eine Gestalt aus einem schönen
 Traume oder einem Märchen.

„Um! Peter, wie geföhlt dir die Katalia? Der reine
Wohnhoni, was?“ ſchrie der Glasſtöplige bräutend laut.
„Um! Peter ſachte leiſe vor ſich hin — es ſahen, als fürchte
er ſich, das Weib anzuehen. Sie ſah Jemſſie einen heißen, mit
Quart gefüllten Koggenladen hin und langte auf ihm;

„Ah, nur, ich recht tüchtig! In der Stadt muß man viel essen . . .“

Auf dem Tische sah man eine Glasblase mit Eingemachtem, Honig auf einer kleinen Schüssel, braungebackene Anisringe, Würst, Gurken, Brannwein — und all das köstliche die Luft mit starken Düften. Jeweiler erschloßte förmlich in dem bedrückenden Gefühl des Sattleins er wagte jedoch nicht abzulehnen und kante demüthig alles, was man ihm reichte.

„Ja“ rief der Glasköpfige, und meinte dann zu Onkel Peter: „Das ist, sag' ich dir, das reine Glück! Ach! Tage ist's her, daß das Pferd den Jungen erdrückt hat! Er ging ins Wirthshaus, nach todtendem Moller, und mit einem Male“

Unbemerkt und unhörbar erschien noch ein Mann, gleichfalls ein Glaskopf, doch klein und mager, mit einer dunklen Brille auf der großen Nase und einem langen Büschel grauer Haare am Kinn.

„Was gibt's, ihr Leute?“ fragte er so leise, daß man ihn gerade noch verstehen konnte. Der Wirt sprang vom Stuhl auf und begann laut zu schreien und zu lachen, daß Jemmel plödselhaft hinstieg und herab wurde.

Der Wapere hatte die Wirtsleute und Inkel Peter als „Peute“ bezeichnet und sich damit von vornherein von ihnen abgegrenzt. Er nahm abseits vom Tisch in einiger Entfernung, auf der linken Seite, noch besonders vom Schmirch ab und ließ

den dünnen, mageren Hals langsam bewegend, seinen Blick durch das Zimmer schweifen. An seinem Kopfe ein wenig über der Stirn, rasig oberhalb des rechten Auges eine große Beule.

hervor; das kleine, lichte Ohr schmiegte sich dicht an den Nacken, als wollte es sich in den kurzen Ähren des grauen Haares verbergen. Der ganze Mensch hatte etwas Stilles, Graues, Ständiges. Jeweils lachte ihm unter der Brille hinweg in die

„Du verstehst doch — eine Waise!“ rief der Wirt dann neue Worte an.

„Das paßt mir gut,“ bemerkte leise der Mann, mit der Beif.
Er laß die kleinen dunklen Hände auf die spitzen Arnie gestüt-
da und sprach nur wenig. Als und zu nur vernahm Zweifel ei-

„Die Sache ist also abgemacht . . .“
Onkel Peter rüdt schwerfällig auf seinem Stuhl
hin und her.

Heßen. In dieser Vorlage erklärte die Regierung dah, wenn dieser Betrag ausgemworfen werde, die Staatsfinanzen unrettung-
lich ernsthaft werden. Die Regierung stelle deswegen nur
eine Million Mark zur Verfügung. Ausgaben für die Er-
werbslosen, die Sozialrentner und Kriegsbeschädigten vermehren
den Staat, das ist die Angabe der Regierung. Jetzt bringt die
Regierung, kurze Zeit nach dieser Erklärung, dem Landtag eine
Denkschrift über den Ausbau von Wäulen und die Reuerrichtung
von Gebäuden zum Zwecke der Unterbringung von Sammlungen
und Wäulen. In der Vorlage werden zu diesem Zweck
12 Millionen Mark angefordert. Hier, wo es sich um
Interessen der Kapitalisten handelt, da hat die Regierung keine
Beschränkungen über den Zusammenbruch der Finanzen. Hier
spricht man nur in einem viel milderen Sinne. In der Den-
kschrift heißt es: Wenn im folgenden für die Behebung der bei-
den Sammlungen bestehenden Kammot, deren Beseitigung un-
bedingt erforderlich ist, Vorschläge auf Errichtung neuer Gebäu-
den gemacht werden müssen, so ist sich das Ministerium für Volks-
bildung wohlbewußt, daß ein solcher Gedanke mit Rücksicht auf
die Finanzlage des Staates zum Teil Wider-
spruch erfahren wird.“ Hier steht aber nur die Mü-
he auf die Finanzlage“, die Widerspruch hervorgerufen könnte.
Aber das Ministerium will doch diese Ausgabe durchführen. Bei
der Vorlage über die 10 Millionen für Sozialfürsorge heißt es
anders, dort erklärte die Regierung „daß der angeforderte Be-
trag von 10 Millionen Mark nicht vorhanden ist und die
Regierung daher schlechterdings zur Durchführung des Beschlusses
aufzugeben sei“.

Das Volksbildungsministerium will seinen Bauhaushalt künftighin schmälern, das es erklärt, durch diese Maßnahme wird auf Jahre hinaus — vorzuziehen sind 9 Jahre — Arbeit für Bauarbeiter beschafft werden. Wir werden jede Maßnahme zur Beschäftigung von Arbeitern unterstützen; jedoch erachten wir den Bau von Ruusen nicht für eine zwingend notwendige Maßnahme. Wir sind nicht gegen Ruusen; jedoch, solange Wohnungen fehlen die Massen noch Not leiden, können und müssen Ruusumbauten zurückgestellt werden.

Wir werden also nicht nur Bedenken gegen die Ausgaben haben, sondern gegen den Vermögensaufwand der Wohnung.

Erzählen immer wegen der Selbstbehauptung der eigenen Kampf führen. Wenn der Staat kein Geld für Sozialkontrollen für Erwerbslose, für die arbeitenden Bauern hat, dann sind die Auflebensbauten-Ausgaben verschwendete Gelder. In dieser Vorlage zeigt sich wieder einmal die ganze Verlogenheit der bürgerlichen „Kultur“.

Wir erachtet als eine der notwendigsten Kulturmaßnahme die Hebung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung. Die bürgerliche Gesellschaft läßt die arbeitenden Massen verkommen, an Stelle dessen schafft man einige glänzende Bauwerke, damit in der Öffentlichkeit ein Talismanum erzeugt wird. Wir haben uns gegen diese Politik schon einmal bei der Erstellung des Dresdner Hygienemuseums gewendet; wir werden auch jetzt für eine augenblicklich zweckmäßigere Verwendung der Gelder eintreten.

Dienstag, den 1. Februar, abends 7,30 Uhr
im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Petersstraße
**Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre
Dresdens**

Genosse Dr. Schminde, M. d. L., spricht über
Krankenfällen- und Versicherungswesen.
Die Betriebsräte und Vertrauensleute erscheinen vollzählig.
Auf dieses Thema eines der wichtigsten in der Arbeiterbewegung
ist. Alle Parteimitglieder werden dazu eingeladen.

Kommunistische Bauarbeiter! Aktionsprogramm
am Dienstag, den 1. Februar, abends 7,30 Uhr im Restaurant
Stadt Blumen, Kleine Blauenische Gasse. Sehr wichtige Tages-
ordnung: Stellungnahme zu den kommenden Verwaltungs- und
Bezirksführerwahlen. Die Parteileitung.

Volksversammlung des Dresdner Gewerkschaftsausschusses

Montag, den 31. Januar, nachm. 1.30 Uhr in den Geschäftsräumen der Internationalen Arbeiterhilfe, Güterbahnhofstraße 10. Alle Mitglieder der Stadtbezirksausschüsse haben zu erscheinen. Tagesordnung: Erwerbslosenaufruf Groß-Preeden.

Oppositionelle Holzarbeiter, Zahlstelle Niederelblich
Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr
Generalversammlung
im Lehmanns Restaurant in Fischdamm, Simonstr.
Gemeindefreie, erscheint kostenlos!

rkakao Pfund Grenadierstraß
60 Pf. und Filialen

„Da hättest du nun, Waise, eine Stelle . . . Und das du
ist dein Herr!“

„Ich sage Ihnen, Verehrtester, der Knabe kann lesen und schreiben ist durchaus nicht dumm, und so weiter. Nichts davon sag' ich das, weil ich etwa nichts mit ihm anzufangen wüßte, sondern weil's eben die wahre Wahrheit ist. . . Ist sogar ein sehr mühsamer Knabe.“

„Rißbegierde brauch' ich nicht," sagte Jewsejs Prinzipal und schüttelte abwehrend den Kopf. „Es ist bei ihm nicht ausbringlich. Im Dorfe nannte man ihn den Rißbegierden, weil er so viel Risse in sich hat.“

„Werden ja sehen!“ — Der Mann mit der Beute rüdt jein
Brille zurecht, schaute Zewjkei forschend ins Gesicht und sagte:
„Ich heiße Matwej Matwejtsch . . .“
Dann wandte er sich ab, führte sein Glas Tee an den

Als Jewsej später mit dem Entel aus dem Hofe, in den Schatten bei den Bierkeißen lok, laute der Schmach vorüber

„Du wirst es sicher gut bei ihm haben . . . Es ist ein
stilles, altes Männchen. Hat seine Zeit abgelebt, ist durch al-

„Nä, er nicht ein Hegenmeister?“ fragte der Anabe.

Nach kurzer Ueberlegung aber fuhr er fort:
 „Dir kann's ja schließlich gleich sein. Auch ein Gegenmei-
 ster ist ein Mensch. Und wenn ein Mensch in der Lage ist, die

lehrt die Leute allerhand schlimme Dinge, als zum Beispiel: daß die Frau zum Gottesdienst so setzt der Mann gleich die Füße an ihre Stelle und schäfert mit ihr. So was wirst du bei uns

Willen nicht sein. Darum sage ich auch, du wirst es bei uns
gut haben. Wie ein schülernder Busch wird er für dich sein: er
wird dahinterstehen und Herzogedenken."

Wird hoffentlich nicht so bald geschehen. „Schmier“
nur fleißig den Kopf mit Del, daß dein Haar nicht so krum-
pig ist.“
(Fortsetzung folgt.)

(Korrekturen folgt.)

Wegweiser für günstigen Einkauf und Verkehr

Dresden-Neustadt

Modellwarenhaus B. Kätz

Bürgerstraße 3

Konditorei und Kaffee

"SAXONIA"

Hermann Kaut, Otschitzer Straße 13



Musik-Noack

Bürgerstraße 8
ist immer
am billigsten

Hommels

Schokoladenhaus

Ecke Zorgauer und Bürgerstraße

Telephon 26426

Grenadierstraße **Selbmann's Kakao** und Filialen

Lichtspieltheater „Goldenes Lamm“

Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel

Sonntags große Kindervorstellung

Beginn: Wochentags 8 und 1/9 Uhr, Sonntags 4, 6 und 1/9 Uhr

Löwen-Drogerie

Mar. Schiller, Zorgauer Straße 4

R. Thomschke

Moltkestraße 51 - Schuhreparatur - Schuhwaren

Walter Kolbe

Uhren - Goldwaren - Optik

Leipziger Straße 218

Paul Müller, Altonastraße 13

Seifen und Parfümerien

Drogen, Farben E. Stephan

Fichtensstraße 8b

Pieschener Tapetenhaus

Bürgerstraße 30

Tapeten - Linoleum - Wachslebe

Damen- und Herrenhüte

direkt in der Fabrik

Leipziger Straße 112

Sport-Trikotagen-Kaden

Zorgauer Straße 23

Fernsprecher 23 807

Bettfedernhandlung

„Goldne Gans“

R. Schilling

Leipziger Str. 80

Bettfedern, Daunen, Inletts, fertige Betten, Dampf-Bettfedernreinigung

Horren-Konfektion

Schuhwaren

Weiß & Lederer

Bischopsplatz 6

Arbeiter-Kleidung

Horren-Artikel

Regenmäntel-Klinik

E. POHL

Ammonstraße 47

übernimmt jede Reparatur sowie Neu-

anfertigung von Regenmänteln

Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

BELLEVUE

Freitas, Sonnentag, Sonntag

FEINER BALL

Waltherstraße 27

Drogerie zum weißen Kreuz

ALFRED SACHSENRODER

Kesselsdorfer Straße 24

Ueberall

das vorzügliche

Dresdner Genossenschafts-Pilsner

Wurst-

schneider

Frempeterstr. 13

Fleisch- und

Wurstwaren

Frühstücks-

stube

Rauchtabak

Zigarren

empfehlen

A. G. WITTMANN

Waltherstraße 5

Gasthaus „Stadt Braunschweig“

empfehlen seine Lokalitäten

Verlangt überall

unsere hochfeinste Margarine

Marke Eigelb

mit dem roten Koch

in Konsumentenkreisen

Vereinigte Fettstoff A.-G. Dr.-Leuben

Rein deutsches

Unternehmen

Wäsche

Leinen- und Baumwollwaren, Inletts

Bettfedern, Strümpfwaren, Trikotagen

Heckel & Gattermann

Pillnitzer Straße, Ecke Cranachstr.

Dauziger Str., Ecke Weintraubenstr.

Otto Bürger

Kolonialwaren - Spirituosen

Pinnasche Ecke Zinnowierstraße

Carl Lingke

Webergasse 4

Gegründet 1874

Böhmische Bettfedern, Daunen,

Inletts

Wurstschneiders Frühstücksstube

Webergasse 38

Keine Getränke - Kein Bedienungsgehalt

Lehrhalle - Delikatessen-Fernsprecher

Telephon Nr. 11061

Feinstes Aufschnittgeschäft

R. Börner

Reichbahnstraße 12

Brot-, Weiß-

u. Feinbäckerei

Achtung! Raucher!

ILLOS

Durch eigene Herstellung

und Veredelung ohne Zwischen-

handel

reguläre

4-5 Pf.-Zigarette

oder

2 1/2 Pf.

Pf.-Zigaretten u. Tabak

Zigarettenfabrik

„MILOS“

Jahres 1 (Wettbewerbs)

Achtet auf Firma

und 4 Schenkungen!

Inseriert

in der

Arbeiterstimme!

Wenn's niemand mach!

Oswald Machts!

Hauptlager: Kaulbachstr. 31, I. Etage

Ecke Pillnitzer Straße

MÖBEL

aller Art

Große Auswahl - Billige Preise

Günstige Zahlungs-Bedingungen

Dresden-Löbtau

MAX HERZOG

Verkaufsniederlage der Dresdner

Preßhefen- u. Kornspiritus-Fabrik

(Bramsche)

Kesselsdorfer Straße 19

Spezialgeschäft für Weine,

Spirituosen und Liköre

Woldemar Opitz

Hohlbergstraße 7

Fleischerei

Gasthof und Bällerei

BÜRGERGARTEN

Verkaufsstelle der Dresdner Arbeiterschaft

Freitag und Sonntag: Moderner Ball

Lübecker Straße 16

Oscar Grundmann

Kesselsdorfer Straße 19

Feinkost, Wild und Geflügel

Ottendorf-Okrilla

Arthur Wirth

Günstige Einkaufsstelle

in Textilwaren jeder Art

Gustav Weinhold

Schnitt- und Wollwaren

Bruno Zimmermann

Radeburger Straße

Fleisch- u. Wurstwaren

Herrmann Krüger

Kolonialwaren - Lebensmittel

Gasthaus zum Bahnhof

Alfred Guhr

beste Einkehrstube der Arbeiterschaft

Kreuz-Drogerie - Fritz Jackel

Drogen, Farben, Parfümerien

Sämereien

Klotzsche-Heilerau

Putzgeschäft, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Johanna Claus, Dresdner Straße 8

Reformgeschäft, Vogel, Gaststätte

Rudolf Stephan

Breiter Weg, hinter d. Anstaltsplatz

Glashütter Hof

Fritz Kümmel und Frau

Schuhreparatur-Werkstatt

A. Hochstet, Lauensteiner Straße 34

Seefisch- und Delikatessen-Handlung

Arthur Seifert

Wittenberger Straße 99 / Telephon 30 219

Fleisch- und Wurstwaren

liefern am preiswertesten

Emil Otto, Schandauer Str. 61

Konzert-Kaffee „Riese“

Blasewitzer Straße, gegenüber der Trinitatiskirche

empfehlen seine Lokalitäten

Vereinszimmer

Löcher Garten

Christoph Witzke

Augsburger Str. 16 / Fernruf 30 123

Max Gühne

Bäckerei und Konditorei

Augsburger Straße 92

Lebensmittel

21. Arnold, Alsdorfer Straße 104

Elektrische

Wäscherei

Freitag-Potschappel

Konditorei und Kaffee

„Bürgerkasino“

(Robert Eichner)

Ernst Binneberg

Weiß- und Feinbäckerei

Alte, Döhlen, Hauptstraße

Qualitätskaffee

stets frisch

Hellmuth Pilz

vordem Sorge

Freitag-Surak

MAX LIPPOLD

Weiß- und Feinbäckerei

Schokoladen - Zuckerwaren

M. Knobloch

Bürger Straße 44 - Am Huthaus

En gros Zig., Zigaretten, Tabak En detail

Gasthof Blasewitz

Freitag und Sonntag

Feiner Ball

Paul Melle

Fleischermeister

Altenberger Straße 28

Restaurant Olafswaldhof

Fernsprecher 31 730

Vertretung der Streikenden Arbeiter

Seefisch- und Delikatessenhandlung

KURT WENDLER

Residenzstr. 54, gegenüber dem Rathaus

Fernsprecher 31 710

Regina-Lichtspiele

Augsburger Straße 12

Telephon 32 693

Jeden Dienstag und Freitag

Programmwechsel

Beginn: Wochentags 8 und 1/9 Uhr

Sonntags 4, 6 und 1/9 Uhr

Richard Erhard

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

MANUFATURWAREN

DAMENKONFEKTION

Paul Herrmann

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garis

Thams & Garis Kaffee ist der beste

D. Pestheuer, Gutenbergstr. 1

Seitenhülle, Mägen, Fischhühner

Freitag-Deuben

Zigarrenhaus F. Munz

Zigarren - Zigaretten - Labake

en gros en detail

Oskar Schulze

Wehrstraße 4

Kolonialwaren, Gemüse, Obst

Wiesers Fahrradhaus

Wittenberger Straße 118

Erstklassige Nähmaschinen und Fahrräder

Wochentags 2-5 Uhr, Anruf 10 M. Sonntags Anruf 15 M.

Rum Bezug echter Kernlederohlen

sowie sämtl. Schuhbedarfsartikel

empfehlen sich billigst

Lederhandl. Augsburger Straße

Ecke Jakobstraße

Eduard Menzel

Rafeur-, Friseur-, Perückenmachermeister

Bärensteiner Straße 1

Moritz Müller

Fuhrgeheiß u. Möbeltransport

Holz- und Kohlenhandlung

Waffelrührmaschine

Erdkugel

Markgraf-Heinrich-Platz

Telephon 32 163

Emil Krause

Lauensteiner Straße 13

Holz-, Kohlen- und Brikett-Handlung

Kontenkarten des Filialsystems werden entgegengenommen

Freitag-Zuckerode

C.Z. Café Zimmermann

Bäckerei, Konditorei

Freitag-Niederhöllich

A. Erhard

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Coschütz

Paul Sparmann

Kolonialwaren / Kaffee / Futtermittel

5% Rabatt

Tharand

Zeitschriften

Akademische Buchhandlung

Papier- u. Schreibwaren

Arthur Sterl

Tapetiermeister und Dekorateur

Gegründet 1903

Erstklassige Dekorations- und

Lager ff. Lederwaren ufm.

Oswald Padelt

Bäckerei, Konditorei

und Café